

Carola Briese (z.Zt. Studentin der Linguistik an der Sorbonne)

"In Frankreich zu bleiben bedeutet ein wenig zu sterben, nach Afrika zurück zu gehen, bedeutet ganz zu sterben"

- Ein Gespräch des Bischofs von Partenia Jacques Gaillot mit dem Juristen und Autor Ralf Fodor über die aktuelle Flüchtlingswelle von Afrika nach Europa und eine restriktivere Immigrationsgesetzgebung in Frankreich –

Spanien und Italien sind immer wieder Ziel von Zehntausenden westafrikanischen Flüchtlingen. Ihre Reise findet meist auf überfüllten Booten statt. Obwohl jährlich Tausende von Menschen auf diesem Weg ihr Leben verlieren, ist die Hoffnung auf ein Leben jenseits von Armut und Chancenlosigkeit, Antrieb genug die Heimat zu verlassen.

Laut dem Migrationsbericht der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind im Jahr 2004 drei Millionen Menschen legal in die hochentwickelten Industriestaaten zugewandert. Dagegen ist die Zahl derer, die keine Aufenthaltsgenehmigung besitzen in keiner offiziellen Statistik enthalten und basiert nur auf sehr vagen Schätzungen. Es könnte daher durchaus sein, dass sich über 5 Millionen sogenannte "illegale" Migranten in der EU aufhalten (Deutschland ca. 1 Mio., Spanien zwischen 300 000 und 1.5 Mio., Italien 250 000 und Frankreich 200 000¹).

Angesichts der hohen Zahl an illegalen Zuwanderern, ist die EU versucht, die "Festung Europa" weiter auszubauen und zu sichern, indem zum einen für Spanien Helikopter, Nachtsichtgeräte und Motorboote finanziert werden und zum anderen Immigrationsgesetze in den Staaten der EU weiter verschärft werden. Dass eine derartige Politik das zunehmende Problem der "illegalen" Migration zu lösen vermag, wird von Experten und Engagierten bezweifelt.

Um die aktuellen Probleme der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland und in Frankreich zu diskutieren, trafen sich der deutsche Jurist Ralf Fodor, spezialisiert im Migrationsrecht und der französische Bischof Jacques Gaillot, der Bischof mit Zivilcourage, der sich öffentlich für die sozial und rechtlich Ausgegrenzten der Gesellschaft einsetzt.

Selektive Zuwanderung

Die "illegale" Einreise wird zunehmend zu einem Kernproblem im europäischen Migrationsgeschehen. Das derzeitige Spannungsfeld ergibt sich durch die ausländerrechtlichen Bestimmungen der EU-Staaten einerseits und die universalen Menschenrechte, die für alle in Europa lebenden Menschen gelten, andererseits.

Die in den Einwanderungsländern festgelegten rechtlichen Grundlagen für eine legale Einreise werden immer stärker an die jeweiligen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen gebunden. Im Klartext heißt dies, dass in Frankreich wie schon in Deutschland nur noch hochqualifizierte Fachkräfte eine Chance haben, aufgenommen zu werden.

"Für Afrika führt diese selektive Einwanderung", so Fodor, "zu einem *brain drop*, d.h. dass die gut ausgebildeten Afrikaner ihre Heimat für Europa verlassen, um ihre berufliche Karriere zu gestalten." Afrika ist auf seine Auswanderer angewiesen, wie Berechnungen der Weltbank beweisen, transferieren nichtreguläre Migranten 3 Prozent

¹ Die geschätzten Zahlen basieren auf Angaben von Menschenrechtsorganisationen und Kirchen, für Frankreich ergibt sich die Zahl der „illegalen“ Flüchtlinge aus Schätzungen von 1996 der Assemblée Nationale.

mehr Geld in ihre Herkunftsländer, als dies durch den Wegfall der Handelsschranken für Produkte aus diesen Ländern geschehen würde.

Dieser Auffassung ist auch der französische Bischof: "Die Höhe der Zahlungen der Entwicklungshilfe ist zu gering". In Frankreich wie auch in anderen Ländern der EU liegt diese unter 1 % des Bruttoinlandproduktes. Nach Gaillot "bringe es eindeutig mehr vom Finanztransfer, wenn der nicht reguläre Migrant aus Paris pro Monat 20-50 Euro im Monat nach Hause in den Senegal übersendet. Davon kann eine Familie einen ganzen Monat überleben."

Das Netz der europäischen Behörden wird immer engmaschiger. Damit beispielsweise das Niederlassungsrecht, welches zu einem dauerhaften Aufenthalt in Frankreich berechtigt, erlangt werden kann, ist ähnlich wie in Deutschland angedacht, einen Einbürgerungstest ("contrat d'accueil et d'intégration") einzuführen. Dieser soll die Kandidaten auf Kenntnisse über Bürgerpflichten, sprachliche Voraussetzungen sowie Integrationsbereitschaft überprüfen. In Deutschland werden sogar politische und religiöse Überzeugen und sexuelle Neigungen abgefragt.

Des Weiteren werden humanitäre Gründe (wie Kriegsflüchtlinge, Kindersoldaten oder Existenzsuchende) immer weniger anerkannt. "Die Aussichten auf eine positive Bescheidung werden immer weniger wahrscheinlich", so Fodor. "Das Ziel der europäischen Immigrationspolitik wäre damit nicht erreicht, es könnte sogar sein, dass das Gegenteil eintritt; ein Anstieg der illegalen Flüchtlingszahlen."

Legalisierung und Integration

Die rechtliche Situation für irreguläre Einwanderer in Deutschland sieht theoretisch eine Behandlung im Krankheitsfall, eine angemessene Entlohnung sowie das Recht auf Bildung für die sogenannten "Menschen ohne Papiere" vor. "Dennoch können sie nur unter Schwierigkeit wahrgenommen werden", weiß Ralf Fodor, "da, nach Anzeige durch öffentliche Stellen, Haft und Abschiebung für die Irregulären droht bzw. Helfer mit einer Strafe bedroht wurden, wenn sie Hilfe zum rechtswidrigen Aufenthalt leisteten."

In Frankreich war die Situation bisher deutlich liberaler: Kinder von "Illegalen" konnten ohne Probleme die Schule besuchen und eine Gesundheitsbehandlung war ohne Aufdeckung der Identität problemlos möglich. Nach 10 Jahren illegalem Aufenthalt in Frankreich ist sogar nach geltender Rechtslage eine Legalisierung erreichbar. Die Pläne des derzeitigen französischen Innenministers Sarkozy sehen jedoch für die nahe Zukunft starke Einschränkungen dieses Systems vor. Wem dann der Aufenthaltstitel nach neuem Recht versagt wird, der hat das französische Territorium innerhalb eines Monats zu verlassen.

Natürlich laufen Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen in Frankreich Sturm gegen diese "selektive" Einwanderung, die lediglich an den Bedürfnissen des Aufnahmelandes ausgerichtet ist. Jacques Gaillot ist ebenfalls gegen eine "immigration jetable" (übersetzt "Wegwerfeinwanderung", d.h. ein sich verfestigender Aufenthaltsstatus, der zu jeden Zeitpunkt beendet werden kann). Dies betrifft etwa Familien, die unter Umständen bereits seit 20 Jahren im "illegalen" Aufenthalt leben und deren Kinder in dieser neuen Heimat aufgewachsen sind.

Immigration müsse sich nach der Auffassung des Bischof "auch nach humanitären Kriterien ausrichten und darf im Rahmen einer immer mehr globalisierten Gesellschaft nicht nur selektiv auf die besten Einwanderer ausgerichtet sein."

Bleiben Armut und Chancenlosigkeit weiterhin ungelöst in den afrikanischen Ländern, dann bleibt Europa weiterhin der Ort der Hoffnung. Gaillot berichtet, von afrikanische Illegalen, die einst zu ihm sagten: "In Frankreich zu bleiben, bedeutet ein wenig zu sterben, nach Afrika zurück zu gehen, bedeutet ganz zu sterben." Er weist darauf hin, dass unsere Gesellschaft "illegale" benötigt. Die Tatsache, dass der europäische Arbeitsmarkt illegale Arbeitskräfte auf dem Bau, in der Landwirtschaft, im sozialen Bereich sowie im tertiären Sektor beschäftigt, da sie weniger "kostenintensiv"

sind, zeige die Abhängigkeit von Seiten Europas. Auch der europäische Verbraucher profitiert davon. In Spanien sind die irregulären afrikanischen Einwanderer als Erntehelfer im Einsatz. Sie sind es, die die billigen Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse garantieren.

Die von Spanien und Italien regelmäßig vorgenommenen Legalisierungen von mehreren hunderttausend Flüchtlingen seien nach Meinung von Gaillot keine probate Lösung, um das Problem der "illegalen" Migration in Griff zu bekommen, da sie lediglich auf zusätzliche Einnahmen aus der Sozialversicherung zielen. Gaillot: "Um das Problem der "illegalen" Einwanderung zu lösen, sind komplexe und langfristige Lösungen notwendig." Auf dem erst kürzlich stattgefundenen Migrationsgipfel in Rabat (Marokko) zwischen 27 afrikanischen und 30 europäischen Staaten sind bereits erste Ansätze präsentiert worden. So hieß es am 11. Juli diesen Jahres, dass Afrika und Europa zukünftig bei der kontrollierten Einwanderung stärker miteinander kooperieren werden. Die europäischen Staaten versprechen außerdem, die Entwicklungshilfe für Afrika auszubauen, indem sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort und eine Erleichterung des Geldtransfers eingesetzt wird.

Paris im Juli 2006